

## **Verleih von E-Tretroller verbieten**

Empfehlung Nr. 20-26 / E 01307 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 4 - Schwabing-West am 15.06.2022

## **Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12823**

Anlage: BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01307

## **Beschluss des Bezirksausschusses des 4. Stadtbezirkes Schwabing-West vom 15.05.2024**

Öffentliche Sitzung

### **I. Vortrag des Referenten**

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 4 - Schwabing-West hat am 15.06.2022 die Empfehlung Nr. 20-26 / E 01307 beschlossen. In vorbezeichneter Empfehlung wird beantragt den Verleih von E-Tretrollern zu verbieten.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang der nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 23 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, die in Ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO i.V.m. § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschuss-Satzung (BA-Satzung) vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Der Münchner Stadtrat hat sich am 29.11.2023 zu einer Beschlussvorlage ([Sitzungsvorlage 20-26- / V 10861](#)) mit dem Titel „Zukunft geteilter Mikromobilität in München“ beraten und dieser zugestimmt. Inhaltlich werden im Rahmen der Beschlussvorlage verschiedene Themen bezüglich des Umgangs und der Erweiterung von Mikromobilitätsangeboten in München aufgegriffen. Die Beschlussvorlage ist ein Baustein zur Weiterentwicklung der geteilten Mikromobilitätsangebote in München im Rahmen der Teilstrategie Shared Mobility und der Mobilitätsstrategie 2035.

Zu einem Verbot von Mikromobilitätsfahrzeugen wie den E-Tretrollern wird in der genannten Sitzungsvorlage ausgeführt, dass ein solches vom Mobilitätsreferat derzeit nicht erwogen werde, da auch E-Tretroller Teil einer angebotsorientierten Mobilitätswende sein sollen und die derzeitige rechtliche Einordnung dieser Fahrzeuge als Gemeingebrauch ein solches Verbot nicht zulassen.

Insofern wird auf den Beschluss des Stadtrats verwiesen, der als wesentlichen Handlungsschwerpunkt unter anderem auch den stadtweiten Ausbau von Abstellflächen für geteilte Mikromobilitätsangebote hat, um die Abstellsituation dieser Fahrzeuge entschieden zu verbessern.

Der Empfehlung Nr. 20-26 / E 01307 der Bürgerversammlung des 4. Stadtbezirkes Schwabing-West vom 15.06.2022 kann nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen nicht entsprochen werden.

Dem Korreferenten des Mobilitätsreferates, Herrn Stadtrat Schuster, und dem zuständigen Verwaltungsbeirat des Mobilitätsreferates, Geschäftsbereich Verkehrs- und Bezirksmanagement, Herrn Stadtrat Hammer, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag des Referenten**

Ich beantrage Folgendes:

1. Von der Sachbehandlung als einem Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) wird mit folgendem Ergebnis Kenntnis genommen:

Der Empfehlung aus der Bürgerversammlung vom 15.06.2022 den Verleih von E-Tretroller in München zu verbieten, kann nicht entsprochen werden. Es wird auf die am 29.11.2023 vom Stadtrat beschlossene Sitzungsvorlage 20-26 / V 10861 verwiesen.

2. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 01307 der Bürgerversammlung des 4. Stadtbezirkes Schwabing-West am 15.06.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 4 der Gemeindeordnung behandelt.

## **III. Beschluss** nach Antrag

Der Bezirksausschuss des 4. Stadtbezirkes Schwabing-West der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Der Referent

Gesa Tiedemann

Georg Dunkel  
Berufsmäßiger Stadtrat

**IV. WV Mobilitätsreferat – GL5**

zur weiteren Veranlassung

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit dem Original wird bestätigt.

An das Direktorium – BA-Geschäftsstelle Mitte  
An D-II-V / Stadtratsprotokolle

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

An das Direktorium – HA II/BA

Der Beschluss des BA 4 - Schwabing-West kann vollzogen werden.

Der Beschluss des BA 4 - Schwabing-West kann/soll aus rechtlichen/tatsächlichen Gründen **nicht** vollzogen werden, ein Entscheidungsspielraum besteht/besteht nicht (Begründung siehe Beiblatt).

Der Beschluss des BA 4 - Schwabing-West ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt).

**V. Über MOR-GL5**

zurück zum MOR-GB2.222

zur weiteren Veranlassung

**Am**  
**Mobilitätsreferat, Beschlusswesen**